



## **Auflagen für Bankenrettung**

Mitten in der Finanzkrise expandiert die Post – bei der Kapitalrendite. Von den 1.300 Restpostämtern sollen weitere 1000 dicht gemacht werden. Aus der Sicht des Managements sieht man in Österreich vor lauter Postämtern offenbar kaum noch das freie Feld. Wenn wir schon dabei sind: Es stehen auch viel zu viele Schulen, Krankenhäuser, Gendarmerieposten, Pflegeheime und Telefonzellen herum. Weg damit. In Zeiten wie diesen müssen wir ein bisschen was für die Aktionäre tun. Oder wir stocken das magere Bankenpaket auf.

Allen Ernstes: Dass der Staat gegenwärtig 100 Milliarden Euro für die Bankenfürsorge stemmt, nachdem er in den letzten Jahren für Bildung, Gesundheit, Pflege und Pensionen oft nicht einmal einstellige Milliardenbeträge in die Hand nehmen wollte, ist bitter; noch bitterer ist, dass die Regierung die Hilfe an die Banken, die sich von Island bis Zypern, von subprime bis Immoeast in maßloser Gier verzockt haben, an so gut wie keine Bedingungen knüpft. Was sollten die Mindestauflagen für die Bankenrettung sein?

Erstens müsste sich der Staat ein Mitspracherecht bei den Geschäftspraktiken der Banken sichern. Es kann nicht sein, dass die mit Steuergeld wieder flott gemachten Banken munter weiter spekulieren dürfen wie bisher. Zweitens sollten die „Hochleistungsträger“, die uns alle in die Rezession reißen, nicht mehr mit Multimillionen belohnt werden. In Deutschland ist die Begrenzung der Einkommen staatlich geretteter Banken auf 500.000 Euro vorgesehen. Warum sollen hiesige Bankmanager mehr verdienen?

Drittens sollten die durch die Krise anfallenden Kosten – eine empfindliche Ausweitung des Budgetdefizits steht ins Haus – von den Krisengewinnern bezahlt werden, und nicht von der Allgemeinheit. Eine einprozentige Vermögenssteuer auf das reichste Zehntel der Österreicher brächte sieben Milliarden Euro pro Jahr. Eine globale Besteuerung der Dollarmillionäre sogar 400 Milliarden US-Dollar jährlich – genug, um die staatlichen Rettungskosten hereinzuspielen. Von diesem „Verursacherprinzip“ hört man in Regierungskreisen jedoch nichts. Brennen dürfen der kleine Mann und die Mittelschicht. Die Bankenrettung ist nicht einmal an die Bedingung geknüpft, dass die Finanzkonzerne ihre Filialen in Steueroasen schließen, um der Steuerflucht der Reichen ein Ende zu setzen. Dann könnten die sich auftürmenden Milliarden endlich in die richtige Richtung gelenkt werden: Postämter, Schulen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Bahnausbau, erneuerbare Energie. Diese sinnvollen Arbeitsplätze sind jetzt am Beginn der Rezession bitter nötig.

Christian Felber ist Buchautor und Mitbegründer von Attac Österreich. Im Frühjahr erschienen „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ bei Deuticke.

*Erschienen im Kurier, 19. November 2008.*